Verordnung über die wirtschaftliche Hilfe und den Zugang zum Arbeitsmarkt im Asyl- und Flüchtlingsbereich

(Asyl- und Flüchtlingsverordnung, AFV)

Vom 20. September 2016 (Stand 1. Juli 2019)

Der Regierungsrat,

gestützt auf Artikel 12 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft[1)], Artikel 85a und 86 des Ausländer- und Integrationsgesetzes[2)] und Artikel 43, 61, 75 und 80 ff. des Asylgesetzes[3)] sowie auf Artikel 24a Absatz 4 des Sozialhilfegesetzes[4)], *

erlässt:

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 *Gegenstand*

[1] Diese Verordnung regelt die Ausrichtung wirtschaftlicher Hilfe sowie den Zugang zum Arbeitsmarkt im Asyl- und Flüchtlingsbereich.

Art. 2 *Geltungsbereich*

[1] Diese Verordnung gilt für: *

*a. ** Asyl suchende Personen;
*b. ** schutzbedürftige Personen;
*c. ** Personen mit rechtskräftigem negativem Asylentscheid;
*d. ** vorläufig aufgenommene Personen;
*e. ** vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge.

2. Wirtschaftliche Hilfe

Art. 3 *Anspruch*

[1] Personen mit rechtskräftigem negativem Asylentscheid haben Anspruch auf minimale Nothilfe.
[2] Anspruch auf reduzierte Sozialhilfe besteht für: *

*a. ** Asyl suchende Personen;
*b. ** schutzbedürftige Personen;
*c. ** vorläufig aufgenommene Personen mit weniger als sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz;

---

1) SR 101
2) SR 142.20
3) SR 142.31
4) GS VIII E/21/3

*d. ** vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge während der ersten sechs Monate des Aufenthalts im Kanton Glarus.

[3] Anspruch auf reguläre Sozialhilfe besteht für: *

*a. ** vorläufig aufgenommene Personen mit mehr als sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz;

*b. ** vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge mit mehr als sechs Monaten Aufenthalt im Kanton Glarus;

*c. ** Lernende aus dem Asylbereich.

Art. 4 *Minimale Nothilfe*

[1] Die minimale Nothilfe umfasst als Überlebenshilfe die Gewährleistung von Ernährung, medizinischer Grundversorgung, Unterbringung, Kleidung und Hygiene. Sie setzt sich zusammen aus Sach- und Geldleistungen.

[2] Das Departement bestimmt Art und Höhe dieser Leistungen und regelt das Verfahren.

Art. 5 *Reduzierte Sozialhilfe*

[1] Die reduzierte Sozialhilfe besteht aus:

a. einer Grundpauschale;

b. Taschengeld;

c. Tagespauschale für Kleidung, Haushalt, Energie;

d. Übernahme Unterkunftskosten;

e. medizinischer Grundversorgung;

f. Übernahme von Erwerbsunkosten.

[2] Das Departement bestimmt die Höhe dieser Leistungen und regelt das Verfahren.

Art. 6 *Reguläre Sozialhilfe*

[1] Die reguläre Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich richtet sich nach dem Sozialhilfegesetz und der gestützt darauf erlassenen Sozial- und Nothilfe-Richtlinie.

[2] Es werden in der Regel keine Integrationszulagen ausgerichtet.

Art. 7 *Lohnverwaltung*

[1] Zur Sicherung der Beiträge für die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung, der Franchise und des Selbstbehalts sowie für allfällige Mietkosten haben erwerbstätige Asyl suchende Personen, schutzbedürftige Personen und vorläufig aufgenommene Personen mit weniger als sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz künftige Lohnforderungen gegenüber der zuständigen Stelle abzutreten.

Art. 7a * *Krankenversicherung*

[1] Das Departement bestimmt für Asyl suchende Personen, schutzbedürftige Personen und für vorläufig aufgenommene Personen die Krankenversicherung.

Art. 8 *Rückerstattung*

[1] Die Rückerstattungspflicht richtet sich sinngemäss nach Artikel 32 Sozialhilfegesetz und gilt für den Zeitraum kantonaler finanzieller Zuständigkeit.

Art. 9 *Verfahren*

[1] Die Ausrichtung wirtschaftlicher Hilfe ist bei der zuständigen Stelle zu beantragen.
[2] Die zuständige Stelle prüft, ob ein Anspruch auf reduzierte oder reguläre Sozialhilfe besteht.

Art. 10 *Zuständigkeiten*

[1] Für die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe ist die Fachstelle Asylwesen zuständig. Vorbehalten bleiben die Zuständigkeiten der Abteilung Migration im Bereich des Vollzugs der Nothilfe und diejenigen der Abteilung Soziale Dienste gemäss Absatz 2. *
[2] Für die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe an vorläufig aufgenommene Personen mit mehr als sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz sowie an vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge mit mehr als sechs Monaten Aufenthalt im Kanton Glarus ist die Abteilung Soziale Dienste zuständig. *

3. Zugang zum Arbeitsmarkt

Art. 11 *Grundsätze*

[1] Eine Arbeitsbewilligung kann nur Personen mit Wohnsitz im Kanton Glarus erteilt werden.
[2] Der Arbeitsumfang darf nicht mehr als 100 Prozent betragen.
[3] Personalverleih wird nur ausnahmsweise bewilligt und bedingt eine Einzelfallprüfung sowie eine Beurteilung der Einsatzadresse.
[4] Arbeit auf Abruf mit oder ohne Befolgungspflicht ist nicht bewilligungsfähig.

Art. 12 *Bewilligungspflicht*

[1] Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit für Asyl suchende Personen, schutzbedürftige Personen und Personen mit rechtskräftigem negativen Asylentscheid ist bewilligungspflichtig. *

[2] Der Bewilligungspflicht unterliegen des Weiteren:
a. Stellenwechsel;
b. Änderungen des Arbeitsumfangs;
c. Verlängerungen der Anstellung bei demselben Arbeitgeber.
[3] Den Zugang zum Arbeitsmarkt für vorläufig aufgenommene Personen und Flüchtlinge sowie anerkannte Flüchtlinge regelt die Bundesgesetzgebung abschliessend. *

Art. 13 * *…*

Art. 14 *Arbeitsbewilligung für Personen ohne Anspruch*

[1] Asyl suchende Personen und schutzbedürftige Personen haben keinen Anspruch auf die Erteilung einer Arbeitsbewilligung. *
[2] Asyl suchenden und schutzbedürftigen Personen kann während eines hängigen Asylverfahrens für die Zeit ab dem siebten Monat nach der Einreise eine Arbeitsbewilligung erteilt werden. Die Bewilligung wird nur für Berufe nach Artikel 16 und in der Regel befristet auf sechs Monate ausgestellt. Ausnahmsweise kann eine maximale Frist von elf Monaten festgesetzt werden. *
[3–4] … *

Art. 15 *Erlöschen der Arbeitsbewilligung*

[1] Die einmal erteilte Arbeitsbewilligung erlischt:
a. bei einem Verlust der Arbeitsstelle;
b. * mit Ablauf der mit dem rechtskräftigen negativen Ausgang des Asylverfahrens festgesetzten Ausreisefrist, und zwar unabhängig davon, ob ein ausserordentliches Rechtsmittel oder ein Rechtsbehelf ergriffen oder die Wegweisung ausgesetzt worden ist.
[2] Von einem Verlust der Arbeitsstelle betroffene Asyl suchende und schutzbedürftige Personen gelten als nicht vermittlungsfähig. Sie sind namentlich nicht berechtigt eine andere Arbeit anzunehmen und sie haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung.

Art. 16 *Zugelassene Berufe* *

[1] Asyl suchenden Personen, schutzbedürftigen Personen und Personen mit rechtskräftigem negativen Asylentscheid kann für Berufe in folgenden Branchen eine Bewilligung erteilt werden: *
a. Spitäler, Heime (nur Pflege, Reinigungsdienst und Küche);
b. Gastgewerbe, Kantinen;
c. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Sägereien;
d. Abfallentsorgung;
e. * Wäschereien, Chemische Reinigungen.
[2] Durch die Arbeitsmarktbehörde bewilligte Beschäftigungsprogramme werden im Sinne von Absatz 1 behandelt.

[3] Zu besetzende Stellen sind mindestens einen Monat bevor das Gesuch eingereicht wird beim zuständigen Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) zu melden und auszuschreiben. *

Art. 17 *Gesuch, Eröffnung*

[1] Der Arbeitgeber hat das Gesuch um Erteilung einer Arbeitsbewilligung nach Artikel 16 der Arbeitsmarktbehörde einzureichen. *
[2] Dem erstmaligen Antrag ist das Gesuchsformular Ausländerbewilligung, der Ausländerausweis im Original und der gegenseitig unterzeichnete Arbeitsvertrag beizulegen.
[3] Dem Gesuch ist die Bestätigung der Stellenmeldung beim RAV, Kopien der Inserate und die Bewerberliste inklusive Beurteilung, Bewertung und Ablehnungsgründe beizulegen. *
[4] Der Entscheid ist dem gesuchstellenden Arbeitgeber schriftlich zu eröffnen.

4. Kosten, Rechtsschutz

Art. 18 *Kosten*

[1] Die Kosten für die Erteilung einer Arbeitsbewilligung richten sich nach der Verordnung über die Gebühren der Arbeitsmarktbehörde[5)]. und der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz[6)].
[2] Verfahren betreffend wirtschaftliche Hilfe sind kostenlos.

Art. 19 *Rechtsschutz*

[1] Gegen Entscheide gestützt auf diese Verordnung kann innert 30 Tagen bei der verfügenden Stelle Einsprache erhoben werden.
[2] Gegen Einspracheentscheide kann binnen 30 Tagen beim zuständigen Departement Beschwerde erhoben werden.
[3] Im Übrigen richtet sich der Rechtschutz nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz[7)].

---

5) GS VI C/4/7
6) GS I C/23/3
7) GS III G/1

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	SBE Fundstelle
19.12.2017	01.01.2018	Art. 14 Abs. 4	geändert	SBE 2017 36
13.11.2018	01.03.2019	Art. 10 Abs. 1	geändert	SBE 2018 36
26.03.2019	01.07.2019	Ingress	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 2 Abs. 1	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 2 Abs. 1, a.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 2 Abs. 1, b.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 2 Abs. 1, c.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 2 Abs. 1, d.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 2 Abs. 1, e.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 3 Abs. 2	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 3 Abs. 2, a.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 3 Abs. 2, b.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 3 Abs. 2, c.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 3 Abs. 2, d.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 3 Abs. 3	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 3 Abs. 3, a.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 3 Abs. 3, b.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 3 Abs. 3, c.	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 7a	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 10 Abs. 1	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 10 Abs. 2	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 12 Abs. 1	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 12 Abs. 3	eingefügt	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 13	aufgehoben	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 14 Abs. 1	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 14 Abs. 2	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 14 Abs. 3	aufgehoben	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 14 Abs. 4	aufgehoben	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 15 Abs. 1, b.	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 16	Sachüberschrift geänd.	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 16 Abs. 1	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 16 Abs. 1, e.	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 16 Abs. 3	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 17 Abs. 1	geändert	SBE 2019 07
26.03.2019	01.07.2019	Art. 17 Abs. 3	geändert	SBE 2019 07

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	SBE Fundstelle
Ingress	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 2 Abs. 1	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 2 Abs. 1, a.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 2 Abs. 1, b.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 2 Abs. 1, c.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 2 Abs. 1, d.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 2 Abs. 1, e.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 3 Abs. 2	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 3 Abs. 2, a.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 3 Abs. 2, b.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 3 Abs. 2, c.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 3 Abs. 2, d.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 3 Abs. 3	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 3 Abs. 3, a.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 3 Abs. 3, b.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 3 Abs. 3, c.	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 7a	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 10 Abs. 1	13.11.2018	01.03.2019	geändert	SBE 2018 36
Art. 10 Abs. 1	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 10 Abs. 2	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 12 Abs. 1	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 12 Abs. 3	26.03.2019	01.07.2019	eingefügt	SBE 2019 07
Art. 13	26.03.2019	01.07.2019	aufgehoben	SBE 2019 07
Art. 14 Abs. 1	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 14 Abs. 2	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 14 Abs. 3	26.03.2019	01.07.2019	aufgehoben	SBE 2019 07
Art. 14 Abs. 4	19.12.2017	01.01.2018	geändert	SBE 2017 36
Art. 14 Abs. 4	26.03.2019	01.07.2019	aufgehoben	SBE 2019 07
Art. 15 Abs. 1, b.	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 16	26.03.2019	01.07.2019	Sachüberschrift geänd.	SBE 2019 07
Art. 16 Abs. 1	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 16 Abs. 1, e.	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 16 Abs. 3	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 17 Abs. 1	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07
Art. 17 Abs. 3	26.03.2019	01.07.2019	geändert	SBE 2019 07